

**PRESSEKONFERENZ ZUR MORGIGEN
GEMEINDERATSSITZUNG**

Initiativen für Gesundheit, Ehrenamt, Mobilität und gegen Sexismus

Vize-Bürgermeister Mag. Martin Hajart

Klubobfrau Dr. Elisabeth Manhal

Mittwoch, 20. April 2022

12:00 Uhr

OÖ Presseclub

Der Höhepunkt der letzten Corona-Welle ist überwunden und die Infektionszahlen gehen zum Glück merklich nach unten. Die Menschen in unserer Stadt bekommen ein Stück Normalität zurück. Wir können wieder spontaner und unbekümmerter leben, uns mit anderen Leuten treffen, Sportveranstaltungen besuchen oder ins Theater gehen.

Vieles ist bereits wieder möglich, doch die Pandemie hat unser Leben in den vergangenen beiden Jahren drastisch und nachhaltig verändert. Viele der coronabedingten Probleme bleiben leider bestehen, auch wenn die Infektionszahlen derzeit zurückgehen. Wir müssen uns diesen Einschnitten und Herausforderungen stellen und aktiv daran arbeiten, um sie zu überwinden. LinzPolitik bedeutet jetzt, dass wir als Stadt einen Beitrag zur Überwindung der Krise und zur Normalisierung des Lebens leisten. Viele, vor allem junge Menschen haben mit den Auswirkungen der Belastungen der vergangenen Jahre und der daraus resultierenden depressiven Symptomatik zu kämpfen und brauchen bei der Bewältigung ihrer Probleme Unterstützung.

Aber nicht nur Einzelpersonen, sondern auch Organisationen und Vereine leiden unter den Auswirkungen der Pandemie. Viele Vereine mussten ihre Tätigkeit einschränken oder aussetzen, was zu einem Rückgang bei den Mitgliederzahlen geführt hat. *„In einigen Bereichen können wir direkt als Stadt etwas bewirken. Deshalb ist die Corona-Bewältigung ein besonders wichtiges und dringendes Thema für die Linzer Volkspartei bei der morgigen Gemeinderatssitzung“*, erklärt Martin Hajart.

Das zweite bestimmende Thema der Gemeinderatsarbeit der Linzer Volkspartei ist aufgrund aktueller Vorfälle der Kampf gegen sexuelle Belästigung und Sexismus. *„Auf Initiative der Linzer Volkspartei stellen alle im Gemeinderat vertretenen Parteien einen gemeinsamen Antrag und beziehen damit klar Stellung gegen Sexismus, sexuelle Belästigung und Diskriminierungen“*, ist Hajart erfreut über die Einigkeit aller Parteien.

Das Engagement der Volkspartei geht über diese klare Stellungnahme und Ächtung von sexueller Belästigung aber hinaus. *„Mit der Kampagne ‚Luisa ist hier!‘ soll künftig auch in Linz Frauen dabei geholfen werden, sich aus unangenehmen oder gar gefährlichen Situationen zu befreien“*, ergänzt Elisabeth Manhal.

Linzer Gesundheitstage als Hilfe für junge Menschen

Die Coronapandemie hat schwere Auswirkungen auf die psychische Gesundheit junger Menschen. Laut einer Studie der Donau-Universität Krems in Kooperation mit der Medizinischen Universität Wien leiden mehr als die Hälfte aller Schülerinnen und Schüler in Österreich unter einer depressiven Symptomatik, die Hälfte unter Ängsten und ein Viertel unter Schlafstörung. Ganz besonders alarmierend ist die Tatsache, dass rund 16 % entweder täglich oder an mehr als der Hälfte der Tage suizidale Gedanken angeben. Im Vergleich zu Studien vor der COVID-19-Pandemie haben sich die psychischen Symptome vervielfacht, Tendenz steigend.

„Angesichts dieser erschütternden Zahlen muss auch die Stadt Linz im Rahmen ihrer Möglichkeiten dazu beitragen, um ein Angebot zur Unterstützung für junge Menschen zu bieten“ stellt Elisabeth Manhal klar. Dazu wurde angekündigt, dass die Kinder- und Jugendgesundheitstage in Linz intensiviert werden sollten. Aufgrund der Pandemie konnten einige der Gesundheitstage jedoch nicht abgehalten werden. *„In diesem Zusammenhang stellen sich einige Fragen, etwa ist es wichtig zu wissen, wie viele Kinder- und Jugendgesundheitstage in diesem Jahr geplant und an welchen Kindergarten- bzw. Schulstandorten sie stattfinden“*, so Manhal.

Die Linzer Volkspartei stellt deshalb eine Anfrage an den zuständigen Gesundheitsstadtrat Michael Raml:

- 1) Vorheriges Jahr konnten aufgrund der Corona-Pandemie einige dieser geplanten Gesundheits- und Jugendtage nicht abgehalten werden. Wofür wurde das dadurch nicht verbrauchte Budget verwendet?
- 2) Wie viele Kinder- und Jugendgesundheitstage sind im heurigen Jahr geplant und an welchen Kindergarten- bzw. Schulstandorten finden diese statt?
- 3) Ist bei den Kinder- und Jugendgesundheitstagen in den Linzer Schulen auch ein Schwerpunkt hinsichtlich Resilienz und psychische Gesundheit geplant?
- 4) Da ein einmaliger Glücks-Workshop weniger Nutzen mit sich bringt als eine Begleitung über längeren Zeitraum, stellen sich folgende Fragen:
 - a. Werden den Kindern und Jugendlichen im Sinne der Nachhaltigkeit auch eine Lernstrecke, ein Buch oder Erinnerungshilfen zur Verfügung gestellt?
 - b. Ist eine Vertiefung der Workshops vorgesehen? Wenn ja, in welcher Art und Weise und steht dafür das nötige Budget zur Verfügung?

Linzer Ehrenamtstage

Zahlreiche Angebote im Sport, in der Kultur und Freizeitgestaltung können ohne das Engagement der freiwilligen Helferinnen und Helfer nicht oder nur in geringerem Umfang aufrechterhalten werden. Eine besonders wichtige Rolle spielt ehrenamtliches Engagement auch für die Arbeit der Rettungsdienste, wie dem Roten Kreuz und den Freiwilligen Feuerwehren. Die freiwillige Tätigkeit litt zuletzt aber stark unter den Corona-Maßnahmen, da auch Vereine und

Organisationen nur eingeschränkt arbeiten konnten. *„Nun, da die meisten Einschränkungen weggefallen sind, ist es an der Zeit, Freiwillige und Vereine zusammenzubringen. Deshalb wollen wir mit den Linzer Ehrenamtstagen eine Veranstaltung ins Leben rufen, bei der Vereine und Organisationen ihre Arbeit niederschwellig präsentieren und Freiwillige gewinnen können“*, so Manhal.

Laut einer IMAS-Umfrage der Vereinsakademie vom Sommer 2021 ist jede/r zweite Oberösterreicherin/Oberösterreicher ehrenamtlich engagiert. Im Schnitt werden für die ehrenamtliche Tätigkeit 5,3 Stunden pro Woche aufgewendet. Im Zuge der Corona-Pandemie musste jedoch in vielen Vereinen bzw. ehrenamtlichen Einrichtungen die Tätigkeit ausgesetzt werden. Dies war teilweise mit einem hohen Verlust an Mitgliedern verbunden. Hier wollen wir die Vereine unterstützen.

Anschubveranstaltung

Als Anschubveranstaltung sollen deshalb Linzer Ehrenamtstage ins Leben gerufen werden, bei denen Vereine und Organisationen ihre Angebote niederschwellig präsentieren und Interessierte das spannende Angebot in Linz kennenlernen können. Das Potential dafür ist enorm, alleine in Oberösterreich würden sich zusätzliche 200.000 Menschen gerne ehrenamtlich engagieren, haben bislang aber noch nicht die richtige Organisation oder den passenden Verein für sich gefunden.

„Mit den Linzer Ehrenamtstagen wollen wir eine Plattform schaffen, durch die Freiwillige und Vereine zueinanderfinden“, erklärt Manhal. Als Aussteller soll eine große Bandbreite an ehrenamtlichen Organisationen und Vereinen angesprochen werden. Diese können sich von Sportvereinen über Katastrophenhilfs- und Rettungsdienste, Kunst- und Kultureinrichtungen, Umwelt-, Natur- und Tierschutzorganisationen, kirchliche und religiöse Gemeinschaften, bis hin zu Organisationen im Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbereich erstrecken. Die Veranstaltung soll mehrere Tage dauern, etwa von Donnerstag bis Sonntag. Dadurch haben sowohl Schulklassen und

Kindergartengruppen als auch Familien die Möglichkeit, das niederschwellige Angebot zu nutzen. Die Messe könnte zum Beispiel im und in Kooperation mit dem Design Center stattfinden, wodurch dieses als Messestandort noch weiter gestärkt werden würde. Linzer Ehrenamtstage sollen Neugier für das Ehrenamt wecken, die zahlreichen Organisationen und Vereine unterstützen und dadurch das Zusammenleben und vor allem auch das Zusammenkommen wieder stärken. *„Die ehrenamtlichen Leistungen von Vereinen und Organisationen ist für unsere Gesellschaft unverzichtbar. Mit den Ehrenamtstagen können wir dazu beitragen, dass Menschen, die sich engagieren möchten, und die Vereine zusammenfinden“*, so Manhal abschließend.

Deshalb stellt die Linzer Volkspartei folgenden Gemeinderatsantrag:

„Der Stadtsenat wird beauftragt in Kooperation mit dafür geeigneten städtischen Unternehmungen, Linzer Ehrenamtstage zu konzipieren und zeitnah umzusetzen.“

Linzer Gemeinderat geschlossen gegen Sexismus und sexuelle Belästigung

Für Sexismus und sexuelle Belästigung ist in unserer Gesellschaft kein Platz, das stellen auf Initiative der Linzer Volkspartei alle Parteien in einem gemeinsamen Gemeinderatsantrag klar. Neben der Linzer Volkspartei bekennen sich die SPÖ, die Grünen, die FPÖ, NEOS, die MFG, die KPÖ, Linz plus und Wandel dabei dazu, laut gegen Sexismus, sexuelle Belästigung und Diskriminierung einzutreten, Solidarität zu zeigen und Ungerechtigkeiten anzusprechen.

Die jüngsten Ereignisse haben leider einmal mehr gezeigt, dass sexuelle Belästigung und sexistische Äußerungen und Taten in unserer Gesellschaft nach wie vor ein großes Problem darstellen und dass niemand vor Belästigungen, Übergriffen oder Verunglimpfungen gefeit ist. Besonders

geschützt durch die Anonymität des Internets kommt es regelmäßig zu frauenverachtenden und herabwürdigenden Aktionen und Aussagen. Für die Opfer bedeuten die feigen, anonymen Attacken aber in der Regel öffentliche Demütigungen und enorme psychische Belastungen.

„Solche Entgleisungen und Äußerungen dürfen wir nicht stillschweigend hinnehmen. Hier ist es dringend notwendig, dass wir ein klares Zeichen setzen, den Opfern zur Seite stehen und klarmachen, dass für Sexismus und sexuelle Belästigung kein Platz in unserer Gesellschaft ist“, unterstreicht Manhal.

Gemeinsam gegen ein schwerwiegendes Problem

Sexuelle Belästigung ist in Österreich ein weitverbreitetes und schwerwiegendes Problem. Laut einer Studie des Österreichischen Instituts für Familienforschung war die Hälfte der Menschen in Österreich bereits betroffen, Frauen deutlich häufiger als Männer: Drei Viertel der Frauen im Erwachsenenalter (74,2 %) waren bereits Opfer von sexueller Belästigung. Bei Männern liegt dieser Wert mit 27,2 % zwar deutlich niedriger, dennoch ist jeder vierte Mann betroffen.

Besonders erschreckend ist die Entwicklung im Internet und die Auswirkung auf junge Menschen. Laut einer Studie von SOS-Kinderdorf und Rat auf Draht werden sexuelle Belästigung und Übergriffe, die online passieren, von Jugendlichen bereits als "normal" bewertet. Bei den Betroffenen wird meist ein Ohnmachtsgefühl ausgelöst. Sie finden sich damit ab, da sie denken, dass nichts dagegen gemacht werden kann. *„Für uns muss dies ein Auftrag sein, derartigen Entwicklungen entschieden entgegenzutreten und ein klares Bekenntnis zur Unterstützung der Opfer abzugeben. Die breite Unterstützung im Gemeinderat ist ein starkes Statement für einen wertschätzenden und anständigen Umgang miteinander“*, begrüßt Manhal den Zusammenhalt.

Gemeinsam stellen die Parteien des Gemeinderates folgenden Antrag:

1. „Der Gemeinderat der Stadt Linz bekennt sich dazu, gegen Sexismus, sexuelle Belästigung und Diskriminierungen laut aufzutreten, Solidarität zu zeigen und die Ungerechtigkeiten anzusprechen.
2. Das Frauenbüro und die Stadtkommunikation werden beauftragt, unter Einbeziehung des Stadtsenats bewusstseinsbildende Maßnahmen gegen Sexismus und sexuelle Belästigung zu entwickeln und umzusetzen. Das Maßnahmenpaket soll auch eine Schwerpunktsetzung in sämtlichen städtischen Medien beinhalten.
3. Der Gemeinderat ersucht zudem die Mitglieder der UGL, bewusstseinsbildende Maßnahmen zum Thema Sexismus und sexuelle Belästigung in ihren Organisationen weiter auszubauen.“

Der Gemeinderat beschließe zudem folgende Resolution an das Bundesministerium für Justiz:

„Das Bundesministerium für Justiz wird ersucht, das Gesetzespaket gegen Hass im Netz, welches vor einem Jahr in Kraft getreten ist, gemeinsam mit Expertinnen und Experten auf die Praxistauglichkeit für Betroffene zu evaluieren und gegebenenfalls Maßnahmen aus dieser Evaluierung abzuleiten.“

„Luisa ist hier!“ - Kampagne gegen sexuelle Belästigung

Darüber hinaus will die Linzer Volkspartei mit der Kampagne „Luisa ist hier!“ ein weiteres Signal gegen sexuelle Belästigung setzen. Die Aktion richtet sich an Mädchen und Frauen, die sich beim Besuch eines Lokals, besonders in der Nachtgastronomie, mit einer unangenehmen Situation konfrontiert sehen und einen Ausweg daraus suchen. Mit der Frage „Ist Luisa hier?“ können sich betroffene Frauen an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wenden und bekommen rasch Hilfe.

Die Kampagne ist ein Angebot, das sich an alle Gastronomiebetriebe richtet. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter teilnehmender Betriebe erhalten Schulungen, um richtig und schnell reagieren zu können, wenn sich eine Frau hilfesuchend an sie wendet. Wenn eine Frau den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Frage „Ist Luisa hier?“ stellt, wissen diese sofort Bescheid, ohne dass die betroffene Frau ihr Problem erklären muss. Die Frau entscheidet dann selbst, welche Hilfemöglichkeiten sie in Anspruch nehmen möchte. Das kann bedeuten, dass die Frau zum Taxi begleitet wird, dass Freunde gerufen werden oder die Polizei verständigt wird. „Luisa ist hier!“ wurde bereits in zahlreichen Städten im deutschsprachigen Raum umgesetzt, zuletzt auch in Salzburg. *„Linz sollte hier ebenfalls ein starkes Zeichen setzen und mit der Kampagne Bewusstsein für das Problem schaffen“*, betont Manhal. Erste Gespräche mit den Betreibern der Linzer Hotspots-Lokale sind sehr positiv verlaufen.

Überarbeitung des Demonstrationsrechts

Schon seit dem Vorjahr finden in Linz beinahe jeden Tag Demonstrationen statt, die den Verkehr, den Handel und die Menschen in ihrem Alltag behindern. Das Interesse an einer Teilnahme an den Dauerdemos ist gering. Es sind immer die gleichen Leute, die Linz mit den Demonstrationen belasten. Zudem gibt es Autokorsos, die den Verkehr lahmlegen und zu großem Ärger bei den Menschen führen. *„Hier hat man den Eindruck, dass einige Wenige das*

Demonstrationsrecht über die Maßen ausreizen und so die Freiheiten und Interessen der restlichen Linzer Bevölkerung beeinträchtigen. Deshalb braucht es eine Präzisierung des Versammlungsgesetzes, um eine genauere gesetzliche Grundlage zu schaffen“, so Vize-Bürgermeister Martin Hajart. Er möchte, dass der Bundesgesetzgeber die Zeit bis zum Herbst nutzt, um eine Gesetzesnovelle auf den Weg zu bringen.

„Die Meinungsfreiheit und die Versammlungsfreiheit sind Grundpfeiler einer demokratischen Gesellschaft und sind deshalb als Grundrechte in unserer Verfassung verankert“, betont Hajart. Das Versammlungsgesetz sieht aber auch Einschränkungen vor, die zum Schutz der Rechte anderer notwendig sind. *„Es geht also um eine Abwägung der Interessen der Bevölkerung, deren Rechte und Freiheit auf der einen Seite sowie um das Demonstrationsrecht auf der anderen Seite. Hier braucht es eine Präzisierung*“, betont Hajart.

In Österreich ist durch den einfachen Gesetzgeber in § 6 Versammlungsgesetz festgelegt: *„Versammlungen, deren Zweck den Strafgesetzen zuwiderläuft oder deren Abhaltung die öffentliche Sicherheit oder das öffentliche Wohl gefährdet, sind von der Behörde zu untersagen.“* Hier braucht es eine genauere gesetzliche Grundlage für eine verfassungskonforme Rechtsgüterabwägung bei der Zulässigkeitsprüfung. Dabei soll auch der Schutz der Rechte und Freiheiten anderer klar berücksichtigt werden. Auch die Rechtsprechung hat gezeigt, dass die Verwaltungsbehörden eine klarer ausformulierte einfachgesetzliche Grundlage für die erforderliche und verfassungsrechtlich zulässige Rechtsgüterabwägung bei der Prüfung von Demonstrationen brauchen.

In den letzten Wochen ist eine öffentliche Diskussion darüber entstanden, ob bei der Genehmigung von Demonstrationen die Rechte und die Freiheiten anderer in manchen Fällen zu wenig berücksichtigt wurden. Insbesondere bei den sich täglich wiederholenden Demonstrationen hat man den Eindruck, dass nicht das eigentliche Anliegen, sondern eine möglichst aufsehenerregende

Beeinträchtigung der Allgemeinheit sowie der Rechte und Freiheiten anderer im Vordergrund standen.

„Um rechtliche Klarheit zu schaffen, werden wir deshalb für die morgige Gemeinderatssitzung einen Antrag einbringen. Dieser richtet sich an den Bund und zielt auf eine nähere Ausformulierung im Versammlungsgesetz ab, um den Verwaltungsbehörden eine Grundlage für eine verfassungskonforme Rechtsgüterabwägung zu geben. Den Rechten und Freiheiten der restlichen Bevölkerung soll neben den Demonstranten entsprechendes Gewicht zugesprochen werden“, so Hajart.

Deshalb stellt die Linzer Volkspartei folgenden Gemeinderatsantrag:

„Die Bundesregierung wird ersucht, durch nähere Ausformulierungen im Versammlungsgesetz den Verwaltungsbehörden eine genauere gesetzliche Grundlage für eine verfassungskonforme Rechtsgüterabwägung bei der Zulässigkeitsprüfung von Versammlungen zu geben. Dabei soll auch der Schutz der Rechte und Freiheiten anderer klarer berücksichtigt werden.“

Jobticket-Kündigung darf nicht zu Lasten der Magistratsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter gehen

Das Magistrat Linz hat im März die Jobticket-Vereinbarung für seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit den Linz-Linien gekündigt. Für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die bislang mit den öffentlichen Verkehrsmitteln in die Stadt gependelt sind, wird die Fahrt in die Arbeit damit teurer. *„Linz bekennt sich dazu, den öffentlichen Verkehr zu fördern. Dass die Stadt die Öffis ausgerechnet für die eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter teurer und damit weniger attraktiv macht, ist kein gutes Signal. Wir fordern deswegen, dass ein Fördermodell ausgearbeitet und umgesetzt wird, das die Verschlechterungen, die durch den Wegfall des Jobtickets entstehen, kompensiert“,* so Vize-Bürgermeister Hajart.

Zentrales Ziel des Mobilitätsleitbildes der Stadt Linz ist es, die Zahl der Wege, die mit dem öffentlichen Verkehr, dem Rad, zu Fuß und im Mischverkehr (Park&Ride, Bike&Ride) zurückgelegt werden, deutlich zu erhöhen. Erreicht werden kann und soll dies auch durch eine Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs für Einwohner und Pendler. Laut Statistik Austria pendeln rund 108.000 Menschen nach Linz in die Arbeit. Gerade in der öffentlichen Verwaltung ist der Anteil der Einpendlerinnen und Einpendler mit 69,8 % besonders groß. *„Die Stadt Linz muss alle ihre Möglichkeiten als Arbeitgeberin nutzen, um die Mobilitätswende zu fördern, von steigenden Energiepreisen betroffene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu entlasten und damit einen nachhaltigen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele zu leisten“*, stellt Hajart klar. *„Das würde auch dem Image der Stadt als gute und umweltbewusste Arbeitgeberin gut tun“*, ist Hajart überzeugt. In der aktuellen Unternehmensstrategie des Magistrats ist festgehalten, dass sich auch der Magistrat am Arbeitsmarkt im Wettbewerb mit anderen Unternehmen befindet und daher gefordert ist, sich als attraktiver Arbeitgeber mit all seinen Vorzügen zu positionieren. *„Auch deshalb dürfen wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einer Zeit, in der wir ohnedies von einer merklichen Teuerung betroffen sind, nicht zusätzlich belasten“*, so Hajart weiter.

Deshalb stellt die Linzer Volkspartei folgenden Gemeinderatsantrag:

„Die Personalreferentin wird beauftragt, ein Fördermodell auszuarbeiten und umzusetzen, das sicherstellt, dass es durch die Kündigung der Jobticket Vereinbarung zu keiner finanziellen Verschlechterung für einpendelnde Magistratsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern kommt.“